

Sozialismus- von der „Wissenschaft“ zur Utopie

Ketzerische Gedanken über einen verpönten und diskreditierten Begriff*

Von Michael Schneider

Vor 20 Jahren, im zweihundertsten Jahr der Französischen Revolution, haben die osteuropäischen Völker ein Jahrhundert abgewählt. Das »Gespenst des Kommunismus«, das zu Zeiten von Marx und Engels »in Europa umging«, war innerhalb weniger Monate untergegangen. Die geglaubt hatten, daß ihm die Zukunft gehörte, rieben sich fassungslos die Augen. Wenn die Welt sich schneller als die Weltbilder ändert, wie soll man da auch nicht aus dem Lot geraten? »Was bleibt vom Sozialismus? « fragen sich seither all diejenigen, für die dieser Begriff nicht nur ein Weltbild konstituiert hat, das jetzt in Scherben lag, sondern auch ein bestimmendes Element ihrer politischen Biographie und Arbeit gewesen ist.

Für die »Sieger« im Systemkampf und ihr multimediales Dienstpersonal war die Antwort klar: Man kann den Sozialismus abschreiben. Zugleich mit den »real existierenden Sozialismen« haben sich auch Idee, Utopie, Ethik, Menschenbild und Programm des Sozialismus für alle Zeiten erledigt. Und die »Erfinder« dieses Programms und die Initiatoren dieser Bewegung, die »in die Irre führte« — so Ralf Dahrendorf in der ZEIT —, haben fortan ihren Platz im Museum der Geistes- und Sozialgeschichte, auch wenn ihnen edle und uneigennützig Motive durchaus nicht abgesprochen werden.

Die falsche Leiche bestattet

Nach dem Dahinscheiden des „Realsozialismus“ wurde auch ihr vermeintlicher spiritus rector Karl Marx im Osten wie im Westen ingrimmig zu Grabe getragen. Vor allem die Ostdeutschen hatten es sehr eilig, nach ihm benannte Städte,

*Vortrag, gehalten am 18. April 2011 auf der Jahrestagung des Willy-Brandt-Kreises

Universitäten, Plätze und Straßen wieder umzutaufen, als könnten sie so den radikalen, noch immer aktuellen Fragen entfliehen, die der gründliche Denker aus Trier gestellt hat.

Bei der Suche nach den Ursachen für das plötzliche Verlöschen des »Realsozialismus« könnten die Hinterbliebenen und Geschädigten nirgendwo fündiger werden als in den eingestampften oder seinerzeit in den Braunkohle-Tagebau gekippten blauen MEW-Bänden. Doch die meisten wollen ja gar nicht verstehen, warum und woran dieser gescheitert ist, sie wollen vielmehr, ohne lange zu fackeln, die »Schuldigen« und die geistigen Mittäter dingfest machen.

Und so werden Marx und Engels nachgerade zu den geistigen Begründern einer Tradition ernannt, deren Saat in den totalitär verfaßten Gesellschaften des ehemaligen Ostblocks und der Sowjetunion, im Stalinismus und im Stasinismus aufgegangen sei. Schließlich stamme ja der Begriff »Diktatur des Proletariats«, in dessen Namen die Kommunistischen Parteien ihre diktatorischen Regime errichteten, von den Begründern des »wissenschaftlichen Sozialismus« — so erklären uns die frisch bekehrten östlichen Demokraten nunmehr im besten Einvernehmen mit den westlichen Altkonservativen, die dies »schon immer gewußt« haben. Die sich jetzt im Hauruck-Verfahren vom Marxismus-Leninismus« der Vergangenheit befreit haben, sind gleichwohl seinen Dogmen noch immer in negativer Treue verhaftet. Denn genau darin bestand ja eine der großen ideologisch-theoretischen Manipulationen des ML, das Modell der Einheits- und Staatspartei und deren diktatorische Alleinherrschaft über Lenin direkt von Marx und Engels abzuleiten.

Dabei hatten gerade Marx und Engels mit der in der deutschen Geistes- und Philosophiegeschichte, auch bei Fichte und Hegel ausgeprägten Staatsvergötzung gründlich gebrochen. Man lese nur Marxens »Kritik des Hegelschen Staatsrechts« und Engels »Anti-Dühring«. Zwar war in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und der II. Internationale der Etatismus weh verbreitet -bis hin zur Verherrlichung der Allmacht des Staates,

desgleichen die Vorstellung, Sozialismus sei identisch mit Staatsmonopolwirtschaft. Doch diese etatistische Denktradition, die wir auch bei Lenin und den Bolschewiki wieder finden, entstammt nachweislich der Lassalleanischen Strömung in der Deutschen Sozialdemokratie, die Marx und Engels stets auf das schärfste kritisiert und bekämpft haben.

Diese Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft, wettete Friedrich Engels am 12. März 1881 in einem Brief an Eduard Bernstein, »sollen wir kritisieren, nicht aber glauben. « Im gleichen Brief sagt er uns auch, worauf ein solcher Staatssozialismus hinausläuft: »Möglichst viele Proletarier in vom Staat abhängige Beamte und Pensionäre zu verwandeln, neben dem disziplinierten Kriegs- und Beamtenheer auch ein dito Arbeitsheer zu organisieren. Wahlzwang durch staatliche Vorgesetzte statt durch Fabrikaufseher — schöner Sozialismus! Dahin aber kommt man, wenn man dem Bourgeois glaubt, was er selbst nicht glaubt, sondern nur vorgibt: Staat sei Sozialismus!«

Nicht den Staat, weder den Lassalleanischen »Zukunftsstaat«, von dem ein halbes Jahrhundert lang die Mehrheit der Deutschen Sozialdemokratie träumte, noch den bolschewistischen Einheitsstaat und seinen Despotismus sah Marx als Modell sozialistischer Vergesellschaftung an, sondern die sich selbst verwaltende »freie Assoziation der Produzenten« im Sinne der Pariser Kommune, die den Staat für kurze Zeit überflüssig machte.

Marx war nicht nur kein »Staatstheoretiker«, er und Friedrich Engels teilten vielmehr die aus der rousseauistisch-anarchistischen Tradition kommende Vorstellung, daß der Staat immer ein Unterdrückungsinstrument sei und daher sukzessive in die Gesellschaft »zurückgenommen« werden müsse. Die »Maschine der Klassenherrschaft« -in der Hand welcher Klasse auch immer - sahen sie am liebsten, »im Museum der Altertümer neben dem Spinnrad und der bronzenen Axt« (F. Engels). Im Zeitalter des Sozial- und des wirtschaftspolitischen Interventionsstaates mag uns der radikale Anti-Etatismus der sozialistischen Klassiker als rührender Anachronismus erscheinen, doch

gerade sie zu theoretischen Begründern jener staatlichen Leviathane zu ernennen, die im imperium sovieticum entstanden sind, das war schon immer eine ideologische Farce sondergleichen.

Was nun den von Marx und Engels (übrigens sehr selten) gebrauchten Begriff der »Diktatur des Proletariats« angeht, so müßte es jedem historisch denkenden Menschen eigentlich einleuchten, daß er sich auf einen ganz bestimmten geschichtlichen Kontext bezog; nämlich auf eine Epoche, in der die Diktatur des absolutistischen Staates noch zum politischen Alltag in Deutschland und Europa gehörte.

Der Gedanke an die »Revolution« lag im Deutschland und Europa von 1847 nicht nur in der Luft, diese war auch unter den damaligen Zeitumständen gar nicht anders vorstellbar als durch eine Art Gegendiktatur der Volksmehrheit über die Minderheit der feudalen Ausbeuterklassen. Es gab kein allgemeines Wahlrecht, kein auf diesem Weg konstituiertes Parlament als oberstes Verfassungsorgan. Während das Bürgertum auf politischen Einfluß drängte, bewahrte doch die Monarchie (und dies selbst noch im Frankreich nach der „Grande Révolution“) weitgehend die Privilegien des Adels und der Besitzenden und schaltete frei mit den Machtmitteln: der Armee, der Polizei, der Steuerhoheit und dem Zugriff auf die Köpfe mittels Zensur und kirchlicher Frömmerei. In Preußen herrschte bis 1918 das Dreiklassenwahlrecht, im Deutschen Reich war der Reichskanzler dem Parlament nicht verantwortlich, und selbst in England blieb das Prärogativ der Krone erhalten.

Im Zeithorizont von Marx und Engels bedeutete der so aufrührerisch klingende Begriff »Revolution« damals das, was für uns heute blanke Selbstverständlichkeiten sind: allgemeines Wahlrecht, deutsche Einheit, Republik, kostenlose Elementarbildung u. a. Mit der verfänglichen Formel »Diktatur des Proletariats« war gemeint, die große Masse der Kleinbauern, Kleinbürger und Lohnarbeiter zur politischen Herrschaft zu bringen und der Republik zum Durchbruch zu verhelfen nebst Enteignung des feudalen

Großgroßbesitzes und der Nationalisierung des großen Produktivvermögens (Eisenbahnen, Schwerindustrie, Banken)- dies war die Hoffnung der Demokraten und der sog. Kommunisten im Deutschland von 1847. In den von Engels verfaßten »Grundsätzen des Kommunismus« lautet die Antwort auf die Frage, welchen Entwicklungsgang die Revolution nehmen werde:» Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung... herstellen.« Die »Diktatur des Proletariats « sollte eine legale Spielart demokratischer Mehrheitsregierung bezeichnen, die sich über die Interessen der Minderheit hinwegsetzt, ganz so wie es zu Marxens Zeiten etliche »Diktaturen der Bourgeoisie« mit dem Interesse der Mehrheit gemacht hatten.

»Außerhalb von Massenbewegungen, die wirklich die Sympathie und Unterstützung breiter Mehrheiten auf ihrer Seite wissen, gibt es in seinem (Marxens) Denken weder Revolution noch Volkssouveränität -und beides konnte zu seiner Zeit füreinander eintreten.« (B. Sichtermann)

Unter »Partei« verstand Marx die proletarische Klassenbewegung, nachdem sie zur Mehrheit angewachsen sein würde. Und schon im »Kommunistischen Manifest« hieß es, die Kommunisten sollten »keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien sein.« Der Begriff der Diktatur des Proletariats hatte bei Marx nie den Sinn der Parteidiktatur und weist mit der verewigten Stellvertreter-Diktatur einer bolschewistischen Parteielite über die Volksmehrheit keinerlei Gemeinsamkeiten auf.

Es war übrigens erst die Pariser Kommune, die Marx im Namen des Generalrats der Internationale als Beispiel einer »Diktatur des Proletariats« verherrlichte. Doch in der Kommune gab es keine Parteidiktatur - ihre frei gewählten Organe bestanden aus einer Mehrzahl unabhängiger Parteien, darunter keine Marxisten und nur eine Minderheit von Blanquisten. Was Marx an ihr vorbildlich fand, war der Versuch einer radikalen, direkten »Basis-Demokratie«, die später Lenin als Modell der Sowjets feiern sollte.

Auch wenn Marx bis zu seinem Tode ein Revolutionär nicht nur im sozialen, sondern auch im politischen Sinne des Wortes geblieben ist, so war er keinesfalls der Propagandist, geschweige denn der organisatorische Vorläufer einer revolutionären Parteidiktatur. Selbst seine Überzeugung von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen politischen Revolution, einer bewaffneten Machtergreifung des Proletariats zur Verwirklichung des sozialistischen Ziels, hat er schon 1872, im Augenblick der Auflösung der ersten (von ihm gegründeten) Internationale, auf Länder mit starkem staatlichen Militär- und Polizeiapparat, wie das bonapartistische Frankreich und das Bismarcksche Deutschland, eingeschränkt. In seiner berühmten Amsterdamer Rede gab er der Überzeugung Ausdruck, daß in Ländern ohne stehendes Heer und zentralisierte Polizei, wie England, Schweiz, Holland und Amerika, ein demokratischer Sieg der Arbeiterbewegung ohne gewaltsame Revolution möglich und wünschenswert sei. Marx war, genau wie Engels, die fundamentale Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts sehr wohl bewußt. In seinem Vorwort zu Marxens Schrift »Die Klassenkämpfe in Frankreich« (aus dem Jahre 1895) hob Engels sogar expressis verbis hervor, daß das allgemeine Wahlrecht die aufständischen Methoden, die Barrikadenkämpfe von 1848 und selbst die Pariser Kommune obsolet gemacht habe und daß der Staat selbst von innen heraus reformiert werden könne.

Es gehört daher schon reichlich viel Ignoranz oder Demagogie dazu, den antidemokratischen und durchzentralisierten Obrigkeitsstaat (sowjetischen Typs) und die Einheitspartei, gar noch den Bspitzelungswahn der diversen Staatssicherheiten und ihre Strafkolonien namens Gulag oder Fünfeichen aus den Schriften des Trierer Philosophen und Sozialhistorikers heraus lesen zu wollen. Die jetzt glauben, Karl Marx für immer beerdigt zu haben, scheinen noch nicht gemerkt zu haben, daß man ihnen (wie in der Boulevard-Komödie) die falsche Leiche untergeschoben hat: eine Staatsleiche namens Karl Marx, die mit dem gebürtigen Philosophen aus Trier außer dem Namen nichts gemein hat.

Die säkulare Verwechslung

Die eigentliche Frage, die die Epochenwende von 1989 aufgeworfen hat, ist gar nicht die, welche seither in aller Munde ist: warum »der« Sozialismus gescheitert ist. Die Frage müsste vielmehr lauten: Ob der, den man da so beredt zu Grabe getragen hat, überhaupt der war, der er zu sein vorgab und für den man ihn gehalten hat? Und: Warum mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen den »Staatsozialismus« der **rückständigen** Regionen — denn nur dort ist er ja zur Macht gelangt und jenes **Modell nachholender Industrialisierung unter der Ägide der Staatspartei** entstanden, das nach 1945 auch den industriell und kulturell fortgeschritteneren Ländern Osteuropas oktroyiert wurde - gegenüber den hoch entwickelten kapitalistischen Industrienationen als Fortschritt und höhere Zivilisationsstufe begreifen konnten. Wie war es möglich, dass ein System, dessen vorherrschende Charakteristika Kommandowirtschaft, Einparteienherrschaft bzw. die Diktatur des Politbüros, Allmacht der Sicherheitsapparate und Zensur waren, überhaupt so lange mit »Sozialismus« bzw. „Kommunismus“ verwechselt werden konnte?

*

Im Nachhinein fällt es schwer zu verstehen, dass mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen, ja, selbst hoch gebildete Philosophen und Literaten wie Ernst Bloch und Berthold Brecht, daran glauben konnten, die Sowjetunion mit ihrer „halb-asiatischen Formationsgeschichte“ (Marx), die eine kapitalistische Entwicklung nie durchlaufen hatte und sich noch Ende der 20er Jahre auf dem Stand einer **vorbürgerlichen Arbeits-und Industriekultur** befand, könnte eine dem westlichen Kapitalismus überlegene „sozialistische Gesellschaft“ aufbauen, den Kapitalismus nicht nur „einholen“, sondern ihn gar noch „überholen. Mir scheint, für diese epochale Mystifikation waren vor allem

*Vgl hierzu mein Buch „Das Ende eines Jahrhundertmythos? Eine Bilanz des Staatssozialismus“, Kiepenheuer & Witsch, 1992.

fünf Faktoren und Umstände bestimmend: Erstens zog die KPDSU, legitimiert durch ihren Erfolg, die erste Arbeiter- und Bauernrevolution der Weltgeschichte« vollbracht zu haben, nach 1917 die ganze kommunistische Weltbewegung in ihren Bann und beanspruchte auch die ideologische und politische Führung über alle kommunistischen Parteien, die der III. Internationale beigetreten waren. Dabei wurde die **Vormundschaft der KPDSU über die Komintern-Zentrale**, die strikt zentralistisch aufgebaut war, **fest institutionalisiert**. Damit hatten die Komintern-Päpste, die natürlich mit Marx- und Engelszungen redeten, das Deutungsmonopol inne- nicht nur bezüglich des sozioökonomischen Charakters der Sowjetunion, sondern auch bezüglich der Auslegung der Marx'schen Lehren und Theorien überhaupt. Häretiker in den Reihen der III. Internationale aber wurden nicht geduldet.

Zweitens konnte die westeuropäischen Kommunisten und Sozialisten die sich unter Stalin herausbildende **Ökonomische Entwicklungsdespotie auf der Grundlage des Staatseigentums**, deshalb für eine „sozialistische Produktionsweise« halten, weil sie (in ihrer Mehrheit) in der verstaatlichten Ökonomie selber den Kern der Sozialismusfrage erblickten. (siehe oben). Drittens war, neben den Arbeitsarmeen von Millionen Strafgefangener, die utopische Kraft der Verheißung, „den Sozialismus“, d.h. eine dem westlichen Kapitalismus überlegene Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen, wesentliche Bedingung für die unerhörten, ja, übermenschlichen Anstrengungen der sowjetischen Werktätigen bei der Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Fünf-Jahres-Pläne, für die zweistelligen Wachstumsraten und imposanten Aufbauleistungen der Sowjetunion (inklusive einer enormen Anhebung des allgemeinen Bildungsstandards) in den dreißiger und vierziger Jahren- und dies zu einer Zeit, da die ganze westliche Welt unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Großen Depression zu leiden hatte. Vor allem die beschleunigte Industrialisierung des Landes, die es den Sowjetvölkern

ermöglichte, wenn auch unter ungeheuren Opfern, Hitlers Invasionsarmeen zuletzt vernichtend zu schlagen, und der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ trugen Stalin die Bewunderung nicht nur des internationalen Kommunismus, sondern auch die vieler westlicher Politiker und Intellektuellen ein.

Viertens sahen sich die europäischen Kommunisten und Sozialisten angesichts der Dauerbedrohung der Sowjetunion durch den Imperialismus, zumal durch den deutschen Faschismus, zu einer **Solidarität um jeden Preis gegenüber dem »ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt«** verpflichtet, die den kritischen Blick von Anfang an getrübt hatte. Nach dem deutschen Überfall von 1941 aber war Kritik an einem Staat, der unter ungeheuren Opfern um sein Überleben kämpfte, noch schwieriger als vorher geworden, zumal die Existenz der Sowjetunion zu einer Zeit, da das Dritte Reich ganz Europa dem Stiefel hatte, zu einer Art Bestandsgarantie für die europäische Arbeiterbewegung geworden war.

Fünftens war die Art und Weise, wie sich der **Konterrevolutionär Stalin** als „revolutionärer Bolschewik“ und »Kommunist« vor sich selbst, vor der Partei wie vor der kommunistischen Weltbewegung zu legitimieren verstand, wohl einzigartig in der neueren Geschichte. Darin liegt für mich das eigentliche „Phänomen Stalin“, für das es keinen historischen Präzedenzfall, keinen Vergleich gibt; eben dies unterscheidet ihn auch fundamental von jenem anderen Jahrhundert-Verbrecher, von Adolf Hitler. Während Hitler vornehmlich Krieg gegen andere Völker führte, **führte Stalin Krieg gegen das eigene Volk und die eigene Partei.** Und die vielen Millionen Opfer schienen legitimiert durch das hehre Ziel, die Russische Revolution zu vollenden und das „Gelobte Land“ des Kommunismus zu erreichen. Um von der beispiellosen politischen Verkehrung des Stalinismus eine Vorstellung zu bekommen, stelle man sich diese auf deutsche Verhältnisse übertragen vor: Hitler wäre von Anfang an im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschland gewesen und hätte ab

1933 im Namen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ihre aktivsten und besten Kader liquidiert oder ins KZ gesteckt und seine „nationale Revolution“ als Fortsetzung, ja, Vollendung der Novemberrevolution von 1918 ausgegeben.

Fazit I

„Die sozialistische Idee, als deren Eckpfeiler seit gut 150 Jahren soziale Demokratie, unentfremdetes System gesellschaftlicher Arbeit und die Menschenrechte gelten,“- schreibt Oskar Negt- „hat ganz andere geschichtliche Quellen als die, welche Russland zu Beginn dieses Jahrhunderts den Realitätsvorteil einer gelungenen Revolution verschaffte. Dass dieser Realitätsvorteil zum Anlass genommen wurde, die Marxsche Theorie in sowjetischer Fassung nachträglich dem europäischen Sozialismus als Vorbild aufzuprägen, gehört zu den großen (theoretisch wie praktisch) gleichermaßen folgenreichen Tragödien des 20. Jahrhunderts.“

Während die russische Oktoberrevolution unmittelbar nach ihrem Stattfinden eine große Resonanz in vielen Ländern Europas und darüber hinaus, auch in den kolonial unterdrückten Völkern fand, verblasste dieser Glanz, je länger der „reale Sozialismus“ existierte, nicht nur wegen der Lager und der Verbrechen, sondern auch wegen des glanzlosen Alltags, der leeren Geschäfte und der am Ende auch leeren Ideologie.

Der Kommunismus war gleichwohl ein Versuch, die soziale Frage zu lösen, die der Industriekapitalismus erzeugt hatte, und den Anschluss an den fortgeschrittenen Westen zu finden. Ein Modell nachholender Industrialisierung und beschleunigter Modernisierung von äußerst rückständigen Bedingungen aus, das für eine gewisse Periode durchaus erfolgreich war und eben darum nach dem 2. Weltkrieg auch von vielen Ländern Asiens und Afrikas, die sich vom Kolonialismus befreit hatten, kopiert wurde. Alles, was sich bisher „Sozialismus“, „Realsozialismus“ oder „Kommunismus“ nannte, sollte daher

unter der Rubrik subsumiert werden: **Ausbruchsversuche aus rückständigen Verhältnissen bzw. Versuche der Überwindung der kolonialen Erbschaft.**

Von dieser Regel auszunehmen sind allerdings die Länder östlich der Elbe, die schon vor 1945 eine m. E. demokratische und entwickeltere Industriekultur gekannt hatten. Für die DDR, die osteuropäischen und baltischen Länder bedeutete das sowjetische Modell, das ihnen im Gefolge des 2. Weltkrieges oktroyiert wurde, einen historischen Rückschritt- was nicht heißt, dass der „Realsozialismus“ nicht auch in diesen Ländern etliche Errungenschaften, vor allem auf sozialem und kulturelle Gebiet, hervorgebracht hat.

Dass von der alten DDR im vereinigten Deutschland kaum mehr als der „grüne Pfeil“ übrig geblieben ist, hat jene gewiss nicht verdient. Vieles, was dem DDR-Bürger als selbstverständlich galt, muss er heute im vereinigten Deutschland schmerzlich vermissen: Das breit gespannte soziale Netz, die Arbeitsplatzsicherheit, die billigen Mieten, die niedrigen Tarife für Verkehrsmittel, die gute Gesundheitsversorgung, die polytechnische Ausbildung, der für alle mögliche Zugang zu Bildung und Kultur, d.h. jenes Prinzip d' égalité, der Gleichheit, das im DDR-System wie in allen Volksrepubliken sowjetischen Typs allerdings auf Kosten der Freiheit verwirklicht wurde.

Mit dem Verlöschen des „Kommunismus“ aber ist die soziale Frage, die Marx und Engels seinerzeit am schärfsten gestellt haben, nicht gelöst, sie hat sich vielmehr verallgemeinert, im Weltmaßstab zugespitzt und zugleich mit der ökologischen Frage verquickt: Welthunger, Weltflüchtlingsbewegung, strukturelle Massenarbeitslosigkeit und Neue Armut, die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich, fortschreitende Zerstörung der Lebenswelten, der Natur und der Biosphäre - um nur die wichtigsten Krisenherde zu nennen.

Welche Lösungsmöglichkeiten aber bietet der „siegreiche“, seit 1990 erst wirklich global gewordene Kapitalismus für diese Fragen an? Sind die herrschenden Eliten in der Lage, ja, überhaupt daran interessiert, diese globalen Fragen zu lösen, oder lassen sie den Karren einfach laufen – in Richtung crash und Katastrophe?

Der große Crash

Wir befinden uns heute am Scheideweg einer multiplen Krise, in deren Zentrum gerade ein großer Tsunami, ein Crash von globalen Ausmaßen stattgefunden hat. Und eigentlich müssten sie jetzt alle in Sack und Asche gehen und öffentlich Abbitte leisten -jene Heerscharen von Politikern, Bankern, Managern, Börsianern, Unternehmern, Wirtschaftsjournalisten und Medienleuten, die jahrzehntelang der Alleinseligmachenden Religion des Neoliberalismus gehuldigt und mit dem dreifachen Schlachtruf „Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung!“ jene globale Finanzblasen-Ökonomie mit befördert und sanktioniert haben, die jetzt geplatzt ist.

Wir erinnern uns: Die Statthalter und Repräsentanten des gescheiterten Staatsozialismus in den neuen Bundesländern wurden seinerzeit auf brutale Weise abgewickelt, aber die Hohepriester und Statthalter des gescheiterten Neoliberalismus, die Ackermanns und Westerwelles, denken gar nicht daran, öffentliche Selbstkritik zu üben, geschweige denn ihre Posten zu räumen, was nach einem solchen Systemzusammenbruch eigentlich geboten wäre. Im Gegenteil: die ideologischen Brandstifter von gestern gewinnen sogar noch Wahlen, indem sie sich dem Wahlvolk heute als Feuerwehrmänner empfehlen. Wie sagte doch Einstein: „Es gibt nur zwei Dinge, die wirklich unendlich sind: das Universum und die menschliche Dummheit!“

Natürlich befürchten die politische Klasse und die Herren der Deutschland-AG, dass dieser größte Crash in der Geschichte der Weltfinanz und ein Krisenmanagement, das nur zu Lasten der Allgemeinheit und der künftigen

Generationen geht, die Frage nach der Legitimität des ganzen Systems aufwirft. Otto Normalbürger jedenfalls will es schwerlich in den Kopf, warum ein Kaufhausdieb, der Waren für 50 Euro mitgehen lässt, in den Knast wandert, während für die Herren in Nadelstreifen, die Milliarden verzockt haben, goldene Fallschirme aufgespannt werden.

Völlig unfassbar aber muss es für einen Bewohner der südlichen Hemisphäre sein, wenn er hört und liest, dass das allein von den EU-Staaten geschnürte Rettungspaket für die Banken sich auf die unfassbare Summe von 2 Billionen Euro und die Gesamt- Bail-out-Summe für die Bankenrettung der USA sich auf die unfassbare Summe von 17 Billionen Dollar beläuft - eine Zahl mit 12 Nullen. Dabei bräuchte es - laut UN-Berechnungen- nur einen Bruchteil dieser Summe, nämlich 82 Milliarden Dollar für einen Zeitraum von fünf Jahren, um die großen Millenniumsziele der UN zu erreichen, also die acht schlimmsten Plagen der Menschheit vom Hunger bis zum Analphabetentum zu besiegen und die ganze Dritte Welt aus der materiellen Not herauszuführen.

Ein Gutes immerhin hat der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems gehabt: Der neoliberale Konsens in Politik, Wirtschaft und Medien (der bis vor kurzem noch so geschlossen und flächendeckend wie eine totalitäre Ideologie war) hat deutliche Risse bekommen. Schien es bislang keine Alternative zur „Besten aller turbokapitalistischen Welten“ zu geben, -es galt das sog. TINA-Syndrom („there is no alternative!“), das eine kollektive Denkblockade verhängte- , so können wir jetzt endlich wieder die wirklich wichtigen Fragen stellen, auch über Systemalternativen öffentlich nachdenken, wofür man noch vor einem Jahr als „ewig Gestriger“ oder „Steinzeit-Linker“ belächelt und bespöttelt wurde. Angesichts der epochalen Krise des Weltfinanzsystems, die – sieht man genauer hin- eine systemische Krise der Kapitalverwertung ist, und angesichts der drohenden Umwelt- und Klimakatastrophen -gebieten es da nicht die schiere Vernunft und der schiere Überlebenswille der Menschheit, das – im Blochschen

Sinne „unabgegoldene“- Projekt Sozialismus, das immer ein welthistorisches Projekt war, zu reanimieren? Wenn der stalinistische Kommunismus und seine diversen Ableger wie das Pol Pot-Regime in Kambodscha und der Steinzeit-Kommunismus in Nordkorea, in historischer Parallele das „Mittelalter des Sozialismus“ war, kann und wird es da nicht auch für den Sozialismus eine „Renaissance“ geben? Mir scheint, sie ist schon längst im Gange- diese sozialistische Renaissance, zumal mit Blick auf das heutige Lateinamerika! Gelingen kann sie freilich nur unter zwei Grundvoraussetzungen: Erstens muss die sozialistische Bewegung des 21. Jahrhunderts **die Erfahrungen ihrer diversen Vor- und Irrläufer wirklich verarbeitet und im Hegelschen Sinne „aufgehoben“** (d.h. „zerstört“, „aufbewahrt“ und „auf eine höhere Stufe gehoben“) haben. Zweitens muss sie wieder **an die großen republikanischen Traditionen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit anknüpfen**, welche der Bolschewismus zum Schaden für die gesamte kommunistische Weltbewegung seinerzeit gekappt hatte.

Ein alter/ neuer Sozialismus-Begriff

Einen Begriff neu umschreiben kann auch heißen, seine alte, ursprüngliche oder verschüttete Bedeutung wieder hervorzuholen. Der Sozialismus ist tot, insofern er sich als ein wissenschaftliches System begriff, das die Gesellschaft als eine zentralstaatlich gesteuerte Industriemaschine auffasste und von den Individuen und Arbeitskollektiven die möglichst vollständige funktionelle Anpassung und Unterwerfung unter deren Systemimperative verlangte. Aber » Sozialismus wird als Bewegung und geschichtlicher Sinnhorizont weiterbestehen oder wiederaufleben«, schrieb André Gorz schon Anfang der 90er Jahre, »insofern er sich gemäß seiner ursprünglichen Bedeutung als Streben danach versteht, **die durch die bürgerliche Revolution begonnene Emanzipation der Individuen zu vollenden**, d. h. sie auch in Bereichen zu verwirklichen, in denen die

Individuen im Kapitalismus Systemimperativen, Herrschaftsbeziehungen und Fremdbestimmungen unterworfen bleiben«.

Im Grunde liest sich die Geschichte der modernen Oppositionsbewegungen, auch der sozialistischen, als ununterbrochener Versuch, den Gesetzen des freien Marktes und dem expansiven Verwertungsdrang des Kapitals Grenzen zu setzen. Dies war von Anfang an das Zentralproblem der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur — und ist es noch, ja, erst recht heute. Die Arbeiterbewegung entstand im Kampf gegen die stürmische Entwicklung des Industriekapitalismus und seine zerstörerischen Auswirkungen auf ihre Lebensweise. Vom Verbot der Sklaverei, des Frauenhandels, des Verkaufs und der Arbeit von Kindern usw. bis zur Reglementierung von Dauer und Preis der Arbeit, der Wohndichte, von hygienischen Normen, Grenzwerten für Luft- und Wasserverschmutzung usw. usf. — immer ging es und geht es darum, die körperliche Integrität der Arbeitenden, die Reproduktion des Lebens, das Recht auf individuelle und kollektive Selbstgestaltung der Lebenszusammenhänge gegen die kapitalistischen Verwertungsimperative zu verteidigen.

Wie mächtig diese Verwertungsimperative erst recht heute, nach gut dreißig Jahren neoliberaler Offensiven und der totalen Liberalisierung der Finanzmärkte sind, hat Susan George unter der Überschrift „Die Globalisierung der Konzerne“ so beschrieben:

„Das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem wird von transnationalen Industrie- und Finanzunternehmen beherrscht, deren einfaches, wenn auch nicht schriftlich fixiertes Programm auf drei Forderungen beruht: Freiheit der Investitionen; Freiheit des Kapitalverkehrs; Freiheit des Handels mit sämtlichen Gütern und Dienstleistungen, einschließlich lebender Organismen und geistigen Eigentums. Ihr oberstes Ziel ist die Freiheit, zu produzieren, vertreiben und investieren zu können, was sie wollen, wo sie wollen und solange sie wollen, sowie Kapital, Personal und Güter nach eigenem Ermessen bewegen zu können. Zu den Untergruppen dieser grundsätzlichen Freiheiten gehört die massive

Privatisierung staatlicher Betriebe und öffentlicher Versorgungseinrichtungen. Nichts soll a priori vom Markt ausgeschlossen sein, weder Gesundheit und Bildungswesen noch menschliche Organe, genetisches Material, Lebensmittel., Saatgut, Wasser, Luft oder Wälder und auch nicht Kunst, Musik oder Sport“.

Im Grunde haben wir es hier mit einem neuen Totalitarismus, einem **ökonomischen Totalitarismus** zu tun, als dessen Agenturen und Vollstrecker auf globaler Ebene die Weltbank, der IWF und die WTO anzusehen sind. Das Ziel dieses neuen ökonomischen Totalitarismus ist die vollständige Vermarktung des Menschen, seiner Lebensbedingungen, seiner Umwelt, seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ja, selbst seiner biologischen Grundlagen, seiner Träume und Hoffnungen. Die monetären und marktformigen Beziehungen haben heute alle gesellschaftlichen und Lebenssphären durchdrungen. Ja, wir sind heute so weit, dass wir nicht nur Güter und Dienstleistungen verkaufen, die wir herstellen, sondern bereits verkaufen und vermarkten, was wir selber sind: die eigene Person, die immer mehr zur bloßen Käufer- und Verkäufermaske wird, zum Instrument der Reklame und der Selbstinszenierung auf dem universell gewordenen Markt. Selbst die biologischen Lebensfunktionen werden von der Person abgetrennt und wie Waren gehandelt. Die Vermarktung der Schwangerschaft (Leihmütter) und der Zeugung, der Verkauf von Embryos, von Kindern und von Organen hat längst begonnen. Der mephistophelische Verwertungstrieb des Kapitals macht nicht einmal halt vor dem, was »die Welt im Innersten zusammenhält« : Die Biotechnologie-Konzerne schicken sich an, den in dreieinhalb Milliarden Jahren Evolution entstandenen genetischen Code, den „Bauplan der Schöpfung“ zu privatisieren. Jesus hat die Händler und Wucherer seinerzeit mit der Peitsche aus dem Tempel getrieben. Würde er heute leben, er würde die Aufsichtsräte und Vorstände der Firma Monsanto aus ihren Ledersesseln peitschen- und würde dafür ganz sicher als Terrorist gebrandmarkt und nach Guantanamo verschleppt werden.

Der totalitäre Zugriff der kapitalistischen Verwertungsmaschine auf alle Lebens- und Daseinsbereiche mündet in der allumfassenden Entfremdung: der Entfremdung des Menschen von sich selbst, von seinen Mitmenschen und von der Natur. Ja, er führt uns geradewegs in die komfortable Hölle von Huxleys „Schöner Neuer Welt“, der wir in den letzten zwei Jahrzehnten schon bedenklich nahe gekommen sind. Angesichts dieser Entwicklungen gewinnt das berühmte Diktum Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei!“ eine ganz neue Aktualität.

Sinn und Ziel der sozialistischen Bewegung war und muss es auch künftig sein, der universellen Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, von Mensch und Natur entschiedene Grenzen zu setzen. Das heißt, **die Gesellschaft aus der babylonischen Gefangenschaft der totalen Kapitalverwertung wieder herauszuführen.** Das allerdings ist eine säkulare Aufgabe.

Vom Sinn der Ökonomie

Im Grunde geht es darum, die für die kapitalistische Produktionsweise charakteristische Zweck- Mittel-Bestimmung wieder umzukehren: Nicht der Mensch darf Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung sein, sondern umgekehrt muß die Ökonomie wieder zum Mittel für die menschliche Selbstentfaltung, für die individuelle und kollektive Emanzipation sein. Sozialismus, so verstanden, hat mit »Staatssozialismus« nicht das Geringste zu tun; denn es geht nicht um die Subsumption der Ökonomie unter das Kommando des Staates, noch um die Beschneidung und Lähmung der Privatinitiative. Es geht vielmehr darum, das Wirtschaftshandeln wieder gesamtgesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und ethischen Zwecken dienstbar zu machen. Kurz gesagt: **Die Ökonomie muss wieder dem Menschen dienen- statt umgekehrt.** Nur so kann ihr, kann auch den fortlaufenden Produktivitätssteigerungen und Arbeitseinsparungen ein qualitativ neuer Sinn verliehen werden. Denn das »Je mehr, desto besser« und

das »je schneller, desto besser« kann keinen Sinn begründen, der eine Gesellschaft konstituiert.

Wenn die Ökonomie wieder dem Menschen dienen soll, muss aber auch die **Eigentumsfrage neu gestellt werden**. All denen, die die neoliberalen Privatisierungssorgien der Vergangenheit zu verantworten haben und die jetzt den Börsengang der Deutschen Bahn vorbereiten, sollten wir das Grundgesetz unter die Nase reiben. In Artikel 14 (3) heißt es: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«) Das aber heißt: **Shareholder- Value-Orientierung ist verfassungswidrig!** Wollten doch die Karlsruher Verfassungsrichter das endlich mal durch einen höchst richterlichen Spruch klarstellen! Ein Aufatmen, ja, ein Ruck ginge durch das von den Marktradikalen geschundene Land.

Weiter heißt es in Artikel 14 (3) „Eine Enteignung ist nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig. Und im Artikel 15: „»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum und in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Man beachte: Das Privateigentum hat in Deutschland nach unserer Verfassung nur dann seine Berechtigung, wenn es dem „Wohl der Allgemeinheit“ dient. Ich träume schon lange von einem Runden Tisch, der nach diesem Kriterium die verschiedenen Wirtschaftsbereiche einmal durchcheckt. Und alles wird im Fernsehen zur besten Sendezeit übertragen! Im Geiste sehe ich schon Herrn Ackermann vor dem Runden Tisch stehen und mit gewundenen Worten den vergeblichen Nachweis führen, dass die illegalen Geschäftsverbindungen von Deutschlands größter Privatbank mit den Steueroasen in aller Welt durchaus dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen. Und der ganze Runde Tisch lacht – lacht ihn aus! So sollte sie aussehen- die soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts!

Wer ist der eigentliche Souverän?

Im Grunde geht es für die Zivilgesellschaft um nichts Geringeres als um die Rückgewinnung ihrer „Souveränität“ - entsprechend dem eigentlichen Bedeutungsgehalt des Begriffs „Demokratie“= „Herrschaft des Volkes“. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat die Welt nicht nur in ein globales Spielcasino verwandelt, er zerstört auch die Grundlagen der Demokratie. Die Globalisierung im Zeichen des Neoliberalismus hat nämlich dazu geführt, dass die eigentlichen, die wirklichen Souveräne die transnationalen Kapitale geworden sind - Konzerne, Banken, Versicherungs- und Fondsgesellschaften, die über Budgets in der Größenordnung ganzer Staatshaushalte verfügen und eine noch nie da gewesene Erpressungsmacht besitzen, von der sie auch rücksichtslos Gebrauch machen, um sich Gewerkschaften, Parlamente und Regierungen gefügig zu machen. Es handelt sich gewissermaßen um **neue, global operierenden Feudalmächte**, die ihre autokratischen Entscheidungen am gewählten Souverän vorbei durchsetzen und in den rechtlichen Grauzonen der Weltmärkte schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Infolgedessen sind die Handlungsspielräume der nationalen Politik immer mehr geschrumpft. Vielfach beschränkt sich politisches Handeln heute darin, die Vorgaben und Imperative der mächtigen Wirtschaftsverbände und ihrer Lobbys umzusetzen. Umso mehr müssen Politiker und Politikerinnen vor den Kameras chargieren und jene Eigenschaften simulieren, die das Wahlvolk von ihnen erwartet: Handlungsfähigkeit und Souveränität.

Nach dem größten Crash in der Geschichte der Weltfinanz steht die **Regulierung und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte** ganz oben auf der Agenda. Verstärkte Kontrolle der Banken und der Börsen, Schließung der Offshore-Zentren, gezielte Besteuerung der Spekulation, das längst überfällige Verbot von Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften, von „Verbriefungen“, außerbilanzlichen Zweckgesellschaften und „Derivaten“, die ein prominenter Banker zurecht als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat –

dieses ganze Teufelszeug neuartiger Spekulationsinstrumente, die wir übrigens zum gut teil der rot-grünen Regierung und dem smarten Herrn Schröder zu verdanken haben, gehört auf den Index. Aber leider folgen den notorischen Appellen der Finanzminister, wie soeben beim G20 – Gipfel in Pittsburg, kaum Taten. Ein kleiner Lichtblick immerhin: In einigen europäischen Regierungen, auch in Brüssel und sogar im IWF wird die Einführung einer Transaktionssteuer auf alle an der Börse gehandelten Produkte, die das globalisierungskritische Netzwerk attac seit langem fordert, neuerdings diskutiert und erwogen. Sollte hier wirklich ein Umdenken eingesetzt haben?

Soziale Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit

Soziale Demokratie heißt aber auch **Wirtschaftsdemokratie**. Und diese muss sich auf alle Aspekte des Wirtschaftslebens beziehen, sie darf vor den Fabrikatoren nicht Halt machen. Sollen die Unternehmensziele verändert werden, dann ist letztlich die Einflussnahme auf die Verfügungsverhältnisse entscheidend. Dazu bedarf es grundlegender institutioneller Veränderungen wie der Ausdehnung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, der Produktmitbestimmung und des Belegschaftseigentums. Hätten beispielsweise die Arbeiter und Angestellten von Nokia eine Mehrheit des Aktienkapitals oder eine Sperrminorität besessen, hätte die Unternehmensführung den prosperierenden Bochumer Standort nicht einfach schließen können. Außerdem bedarf es der Einflußnahme von Umweltverbänden auf die Unternehmenspolitik, staatlicher Rahmenplanung und Investitionskontrollen, der Einrichtung von regionalen und sektoralen Wirtschafts- und Sozialräten u.a. mehr.

Soziale Demokratie heißt nicht zuletzt: **Verteilungsgerechtigkeit**.

Was die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen betrifft, nähern wir uns längst wieder Zuständen, die denen des Ancien Regime ähneln. Der Neoliberalismus hat zu einer **Re-Feudalisierung der sozialen Verhältnisse**

geführt, an deren Spitze die neue Geld-Aristokratie steht. Josef Ackermann, Vorstandschef der Deutschen Bank, erhielt 2004 ein Jahresgehalt von 11,1 Millionen Euro. Eine kaufmännische Angestellte in Sachsen verdient 2,74 Euro Tariflohn pro Stunde. D.h. sie müsste 1850 Jahre arbeiten, müsste also, von heute aus gesehen, im Jahr 141 nach Christus anfangen zu arbeiten, um soviel zu bekommen wie Herr Ackermann in einem Jahr. Solche extremen Einkommensunterschiede erklären sich nur, wenn man die neu-feudale Gesellschaft als gegeben annimmt. Man kann sich eigentlich nur darüber wundern, dass es noch nicht zum Sturm auf die „Bastillen“ des neuen Geldadels gekommen ist. Und dass die schönen Laternen im Frankfurter Bankenviertel noch immer unbemannt sind. Freilich wusste schon Heinrich Heine: „An Deutschlands Eichen hängt man keine Reichen!“ Erst recht nicht an Deutschlands Edel-Laternen!

Nach Berechnungen von ver.di haben die Konzerne und Vermögensbesitzer im letzten Jahrzehnt rund eine Billion Euro zusätzlich einstreichen können; die eine Hälfte aufgrund massiver Steuergeschenke, die andere Hälfte aufgrund drakonischen Lohnkürzungen. Im gleichen Zeitraum ist die Lohnquote der abhängig Beschäftigten um 8 Prozent gesunken. Gälte noch die Lohnquote von 2000, hätten die Arbeitnehmer 140 Milliarden mehr pro Jahr in der Tasche gehabt. Von Beteiligung an den Produktivitätszuwächsen kann schon lange nicht mehr die Rede sein, vielmehr findet eine permanente Enteignung der Arbeitnehmer via Lohnkürzung und Umverteilung von unten nach oben statt. Gleichzeitig haben sich der Niedriglohnsektor und die schlecht bezahlte Leih- und Zeitarbeit dramatisch ausgedehnt. Deutschland, das reichste Land der EU, ist zugleich das Land mit dem größten und ausgedehntesten Niedriglohnsektor, dem es weitgehend seine überragende Exportposition verdankt. Statt von Leih- oder Zeitarbeitern wäre es übrigens ehrlicher, von Tagelöhnern sprechen, wie sie im 18. und 19. Jahrhundert die Städte und Straßen bevölkerten.

Das **Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit** darf sich aber nicht nur auf Einkommen und Vermögen, es **muss sich auch auf die Arbeit beziehen**. In Deutschland sind heute, wenn man ehrlich rechnet, insgesamt 12-13 Millionen Menschen- fast 30 Prozent aller Erwerbspersonen- entweder arbeitslos, Hartz IV-Empfänger, oder arbeiten unter prekären und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen als Niedriglöhner, Minijobber und Leiharbeiter. Darauf beruht auch die drastische Umverteilung der Gewinnüberschüsse von unten nach oben und deren Umleitung die in den internationalen Finanzsektor.

Während der Staat viele Milliarden Euros an verantwortungslose Zocker-Banken verteilt, über 100 Mrd Euro allein an die Hypo-Real Estate, rechtet und feilscht er gleichzeitig mit den Hartz IV-Empfänger und Rentnern um jeden Cent. 16 Prozent der Kinder leben in Deutschland unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. - Nach dem letzten Armutsbericht der Paritätischen Wohlfahrtsverbände ist die Armut in Deutschland dramatisch gestiegen. In Westdeutschland gilt jeder 7. bis 8. Bürger als arm, in Ostdeutschland jeder 4. In den ärmsten Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist sogar jeder 3. Bürger mit dem Stigma der Armut geschlagen. Das heißt, **Armut wird wieder normal**.

Rückkehr zur „sozialen Marktwirtschaft“?

Gleichwohl setzt noch immer eine Mehrheit der Bürger, Politiker und Meinungsmacher hierzulande, sei es aus Ignoranz, Nostalgie oder Populismus, auf die rheinische Spielart des Kapitalismus, auf die „Rückkehr zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Erst das wird die Welt aus der Krise herausführen“, verkündet die FAZ vollmundig, im Verein mit der Kanzlerin. Als ob die unabdingbare Prämissen und Voraussetzungen der „sozialen Marktwirtschaft“ - das fordistische Akkumulationsmodell mit seinen hohen Wachstumsraten, hohen Lohnabschlüssen und Vollbeschäftigung, den noch

weitgehend regulierten Märkten, sowie der Konkurrenz eines sozialistischen Weltsystems, das, trotz Mangelwirtschaft, seinen Bürgern einen gewissen Sozialkomfort bescherte - nicht längst der Vergangenheit angehörten! Wir können uns darauf verlassen: Dieses „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ kommt nicht mehr zurück, so wenig wie mit einer leibhaftigen Auferstehung des Wirtschaftsheiligen Ludwig Erhard zu rechnen ist.

Es scheint einfach nicht in die Köpfe zu wollen: Dass der durchrationalisierte High-Tech-Kapitalismus von heute strukturell nicht mehr in der Lage ist, Arbeit für alle zu schaffen. Infolge der mikroelektronischen Revolution, der Computerisierung von Industrie, Verwaltung und Dienstleistungen werden immer weniger menschliche Arbeitskräfte gebraucht, um den gesellschaftlichen Warenkorb und die benötigten Dienstleistungen zu produzieren. Ein Blick in die vollautomatisierten Werkshallen von heute, wo nur noch ein paar Elektroniker und Ingenieure vor den Monitoren und Schalttafeln sitzen, sollte eigentlich genügen, um diesen Sachverhalt zu begreifen.

Der Zerfall der Arbeitsgesellschaft

Der Kapitalismus –man weiß es doch eigentlich längst- ist zum Opfer seiner immensen Produktivität geworden. Gefangen in seiner eigenen Logik, ist er jedoch nicht in der Lage, den Überfluss umzuverteilen, darum muss dieser periodisch vernichtet oder an der Börse verzockt werden. Er ist schon gar nicht in der Lage, die immer knapper werdende Erwerbsarbeit fair zu verteilen. Die Folge ist eine chronische „Krise der Arbeitsgesellschaft“, die vor unseren Augen zerfällt und die Gesellschaft immer tiefer spaltet.

Inzwischen haben wir uns so sehr daran gewöhnt, dass uns die Anomalie und Perversion dieser Spaltung kaum mehr zu Bewusstsein kommt: Die noch Arbeit haben, müssen wie die Verrückten malochen und Überstunden schieben, sie arbeiten nicht selten 50 und 60 Stunden die Woche - der Druck gerade auf die hochqualifizierten Arbeitskräfte hat ja in den letzten Jahren enorm

zugenommen- , und können den Arbeitsstress oft nur noch aushalten, indem sie, zur Freude der Pharmaindustrie, leistungssteigernde Tabletten und Drogen schlucken. Das sind, nach, jüngsten Untersuchungen, 4 Millionen Menschen in Deutschland. Das massenhafte Doping hat nicht nur den Radsport und die „Tour de France“ versaut, auch die permanente wirtschaftliche Leistungsolympiade, der Deutschland seinen Status als Exportweltmeister verdankt, ist zu einer riesigen Doping-Mühle geworden.

Die Millionen anderen aber, die arbeitslos sind oder nur noch Minijobs nachgehen dürfen, wissen kaum, wie sie ihre Zeit totschlagen sollen. Und bekommen natürlich, da sie sich nutzlos vorkommen, mit der Zeit schwere Identitäts- und Selbstwertprobleme, die sie oft nur durch Alkohol oder andere Suchtmittel kompensieren können. Und welche zerstörerische Auswirkungen sowohl die erzwungene Arbeitslosigkeit als auch der Arbeitsstress, die verlängerten Arbeitszeiten und der rasante Anstieg von Nacht- Schicht – und Wochendarbeit (weil die Maschinen immer laufen müssen) für die Familien und das Familienleben haben, ist ja hinlänglich bekannt. Der Industriekapitalismus hat die Großfamilie zerstört, der neoliberale Turbokapitalismus zerstört tendenziell auch die Kleinfamilie. Kein Wunder, dass die Deutschen sich kaum noch Kinder leisten können oder wollen- und dass die, die noch zur Welt kommen dürfen, immer verhaltensauffälliger und -gestörter werden, wie der Jugend-Psychater Michael Winterhoff in seinem Sachbuch-Bestseller „Unsere kleinen Tyrannen“ diagnostiziert hat. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden am ADS-Syndrom (Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom), teils, weil die gestressten Eltern kaum mehr Zeit für sie haben, teils, weil sie in der modernen Multimedia-Welt von Eindrücken schier überflutet werden. Das aber heißt: Dieses Wirtschaftssystem gefährdet die seelische Gesundheit und Persönlichkeitsentwicklung von immer mehr Menschen. **Dieses System macht krank!**

Doch zurück zum eigentlichen Krebsgeschwür dieses Wirtschaftssystems: der chronischen, auch in Phasen der Hochkonjunktur **anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit**. Dass wir es hier mit einem strukturellen Problem zu tun haben, das aber innerhalb des Kapitalismus nicht lösbar ist, zeigt folgendes Großevent: Im September 1995 trafen sich im Fairmont-Hotel von San Francisco etwa 500 führende Politiker, Wirtschaftsleute und Wissenschaftler von allen Kontinenten, um sich als selbsternannte Elite über die neue Zivilisation des 21. Jahrhunderts zu verständigen. 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung werden in diesem Jahrhundert ausreichen, um die benötigte Menge an Gütern und Dienstleistungen herzustellen und die Weltwirtschaft am Laufen zu halten, rechnete der bekannte US-Soziologe Jeremy Rifkin vor. Deren Qualifikation und Lebensstil würden schon zu sichern sein. Die anderen 80 Prozent aber würden gewaltige Probleme bekommen. „Für den Rest“ (also für die 80 Prozent), setzte der berühmte Stratege und Oberzyniker der amerikanischen Außenpolitik Zbigniew Brzezinski hinzu, sei „Tittytainment“ angesagt- eine Kombination von „entertainment“ und „tits“, also Titten. Dabei dachte er weniger an Sex als an eine Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Mindestversorgung, da die frustrierte Bevölkerung bei Laune gehalten werden müsse. Das wäre die amerikanische, die CNN-Fassung von „panes et circenses“, von „Brot und Spiele“!

Längst möglich: eine Zivilisation der befreiten Zeit

Man kann aus dem Prozess der ungeheuren Produktivitätssteigerung der kapitalistischen Ökonomie allerdings auch eine ganze andere Folgerung ziehen: **nämlich die verbleibende Erwerbsarbeit auf alle zu verteilen und demgemäß die individuelle Arbeitszeit allgemein zu verringern**- eine Folgerung, die Karl Marx bereits im Zeitalter der Dampfmaschine gezogen hat. Aus der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung hat er die Perspektive einer Gesellschaft abgeleitet, in der „nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die

disposable time (die Freizeit) das Maß des Reichtums wird...die freie Entwicklung der Individualitäten ist jetzt das Ziel-... und überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum...Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen.“ Das war Marxens Vision vom Sozialismus, der nicht mehr den Mangel, sondern den Überfluß zur Voraussetzung hat, den **Überfluss an materiellen Gütern und Zeit, an freier Zeit bzw. Zeitwohlstand, der erst die Entfaltung des menschlichen Reichtums und die „freie Entwicklung der Individualität“ ermöglicht.**

Radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Umverteilung der verbliebenen Arbeit- das wäre die wahrhaft demokratische Lösung des Problems. Seit 1975, als in der westdeutschen Metall- Elektro- und Druckindustrie die 35-Stunden-Woche erkämpft und durchgesetzt wurde, ist die Produktivität der Wirtschaft um fast ein Viertel gestiegen. Doch statt die Wochen-Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen- längst müsste die 30-Stunden-Woche auf der historischen Agenda stehen- , ist sie in den letzten 30 Jahren wieder angestiegen: die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt heute 41,1 Stunden pro Woche. Rein rechnerisch ergäbe allein der Abbau von 3 Milliarden Überstunden in Deutschland pro Jahr ca. 1,7 Millionen Arbeitsplätze. Aber die demokratische Lösung des Problems via Verkürzung und fairer Umverteilung der Erwerbsarbeit wird von den Herrschenden und den Herren über die Arbeitsplätze nicht gewollt, zumal sie genau wissen, dass die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust das beste Zuchtmittel ist, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefügig zu machen und erpressen zu können: Weitere Lohnverzicht, noch längeren Arbeitszeiten und noch mehr Einschnitte ins soziale Netz hinzunehmen!

Das Recht auf Arbeit für alle kann aber nur dann gesichert und Vollbeschäftigung nur dann wiederhergestellt werden, wenn mit der Verkürzung und Umverteilung der Arbeit innerhalb der Ökonomie zugleich

außerhalb der kapitalistischen Ökonomie neue Arbeitsmöglichkeiten, nicht ökonomisch zweckbestimmte Aufgaben entwickelt werden. Gibt es doch einen riesigen Bedarf an gesellschaftlich nützlichen und notwendigen Arbeiten- etwa im sozialen und pflegerischen, ökologischen und kulturellen Bereich, im Bereich von Bildung und Fortbildung-, die nur deshalb brach liegen, weil sie keinen Profit bringen und darum auch nicht finanziert werden. Das ist letztlich der Grund, warum Deutschland in punkto Bildungsinvestitionen und Bildungseinrichtungen fast schon auf den Stand eines Drittwelt-Landes zurückgefallen ist, warum kein Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung oder des öffentlichen Nahverkehrs da ist. Für die privaten Investoren „rechnet sich das einfach nicht!“, und die überschuldeten Kommunen sind so arm geschrumpft, dass sie für solche Dinge kein Geld mehr haben.

Es geht also mehr denn je darum, „**Alternativen zur Lohnarbeit**“ zu entwickeln –zum Beispiel, in dem man sich mit anderen zu Werkstätten, Kooperativen oder Genossenschaften zusammenschließt, in denen Dinge hergestellt oder Dienstleistungen erbracht werden, die die Gesellschaft dringend braucht und deshalb auch aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Auch die in letzter Zeit viel diskutierte Idee eines Grundeinkommens – eines armutsfesten und bedarfsabhängigen Grundeinkommens als Ersatz für das zynische Hartz IV-System- könnte ein Mittel, ein gangbarer Weg sein, um der Einbahnstraße der Lohnerwerbsarbeit zu entkommen und einen (immer größer werdenden) gesellschaftlichen Sektor zu schaffen, in dem die Arbeit nicht der Kapitalverwertung und dem Profitprinzip unterworfen ist. Dieses Grundeinkommen für selbstgewählte, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten könnte entweder durch Steuern oder durch den Wegfall der staatlichen Arbeitslosenversicherung finanziert werden, die dann ja nicht mehr gebraucht würde.

Das Konzept einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der alle Arbeit finden, aber immer weniger ökonomisch zweckbestimmt arbeiten müssen, ist – nach

André Gorz- der mögliche Sinn der gegenwärtigen technologischen Entwicklung. Dann hätten wir alle mehr Zeit für unsere Familien, Kinder und Freunde, mehr Zeit für die Liebe und unsere Lieblingsbeschäftigungen, mehr Zeit für gemeinnützige oder ehrenamtliche Tätigkeiten, mehr Zeit auch, um unsere Talente und Fähigkeiten zu entwickeln. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger arbeiten zu müssen, könnte- von den materiellen Bedingungen her- längst Wirklichkeit werden!

Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsfindungen, erweiterte Selbsttätigkeitsmöglichkeiten und erweiterte Zeitsouveränität sind auch die einzigen Wege, die in Freiheit zu einem genügsameren, ökologisch tragbaren, auf Selbstbegrenzung gegründeten Wirtschafts- und Konsummodell führen können.

Wenn wir jedoch an die Stelle der alten Lohnarbeits-Gesellschaft nichts anderes setzen, nehmen wir deren Zerfall einfach hin -und mit ihm alles, was er an Elend, Hoffnungslosigkeit, Unvernunft und Gewalttätigkeit hervorbringt. Dann aber wird sich die jetzt schon bedrohliche Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und Einkommen haben, und in diejenigen, denen dieser Zugang versperrt ist, irreversibel verfestigen.

Friedliche Konfliktlösung

Ohne Frieden ist alles nichts!, hat Willy Brandt einmal gesagt. Darum ist ein für demokratische Sozialisten nicht verhandelbares Grundprinzip: **Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.** Nicht zuletzt deshalb stellen wir uns ja gegen den Neoliberalismus, weil dieser nicht nur nach innen, sondern auch nach außen zerstörerisch wirkt, besonders wenn er sich, wie im Falle der USA, mit einer hegemonialen Doktrin verbindet, die es einer Nation oder einer ganzen Allianz von Staaten gestatten, sich den Zugriff auf die strategischen Ressourcen der Welt auch mit militärischen Mitteln zu sichern. Siehe die beiden Golfkriege! Dass auch Deutschland mittlerweile wieder zu den Kriegführenden Nationen

gehört, ist – gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte – ein Skandal! Und so wahr es eine politische Zwecklüge der perfidesten Art war, dass wir mit in den NATO-Krieg gegen Serbien ziehen mussten, um dort ein „zweites Auschwitz“ zu verhindern, wie Joschka Fischer der deutschen Bevölkerung zu suggerieren suchte, so wenig können wir glauben, dass „am Hindukusch unsere Freiheit verteidigt wird“. Auch im Afghanistan-Krieg geht es ja nicht nur um die Bekämpfung der Taliban und ihrer Terrorbasen, sondern auch - und nicht zuletzt- um die Sicherung einer strategisch wichtigen Ölpipeline der amerikanischen Firma Unocal, der ein gewisser Herr Karsai angehörte, bevor er der erste Präsident Afghanistans von US-Gnaden wurde. Im übrigen lehrt die Erfahrung: Der „Krieg gegen den Terror“ erzeugt nur noch mehr Terroristen und treibt die Gewaltspirale immer weiter. Er ist nicht zu gewinnen, es gibt nur Verlierer- auf beiden Seiten. Darum ist es ein Gebot der Vernunft und der Humanität, aus der Gewaltspirale auszusteigen- und zwar so schnell wie möglich!

Fazit II

Ich fasse zusammen: Wann immer die Frage gestellt wird nach einer fairen und gerechten Verteilung von Arbeit, Einkommen und Wohlstand, nach gleichem Zugang für alle zu Bildung, Ausbildung und Kultur, nach demokratischer Partizipation am gesellschaftlichen Leben, nach demokratischer Organisation von Rohstoffnutzung und Produktivkraftentwicklung steht der Sozialismus wieder zur Debatte: nicht als staatsmonopolistisches System, nicht als zentralistisch-bürokratische Planwirtschaft, sondern als eine neue, Markt und Wettbewerb einschließende und Eigeninitiative fördernde Ordnung der sozialökonomischen Beziehungen, die Rücksicht auf Natur und Schöpfung nimmt und den Grundprinzipien einer sozialen Demokratie verpflichtet ist. Wenn auch der alte Arbeiter-Sozialismus von der Logik kapitalistischer Modernisierung überholt worden und die Industriearbeiterschaft per

Rationalisierung fortschreitend geschrumpft ist, die sozialistische Idee ist damit noch lange nicht gestorben. Wer das »historische Subjekt« der künftigen Transformationsprozesse sein wird, lässt sich jetzt noch nicht mit Bestimmtheit sagen. In jedem Falle werden **breite, Nationen und Klassen, Kulturen und Religionen übergreifende Bündnisse** (wie sie ansatzweise auf den jährlich tagenden „Weltsozialforen“ sichtbar werden) **nötig sein, um die globalen Hexenmeister zu bändigen**, d. h. die völlig entfesselten transnationalen Kapitale wieder der Kontrolle und dem Gestaltungswillen der Gesellschaft(en) zu unterwerfen, damit die ungeheuren Ressourcen, über die jene verfügen, statt für die Spekulation im globalen Casino, endlich für *eine nachhaltige Entwicklung* zur Verfügung stehen;- für eine nachhaltige Entwicklung auch und gerade der Länder der südlichen Hemisphäre, die bislang an einer solchen durch das mörderische Regime der Verschuldung und des Hungers gehindert werden. Zugleich handelt es sich darum, die in den kapitalistischen Zentren erzielten ungeheuren Produktivitätsfortschritte in weitere Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitiger Umverteilung der Arbeit, in mehr Lebensqualität, Freizeit und damit in die Entfaltung des menschlichen Reichtums, die »freie Entwicklung der Individualität« (Marx) umzusetzen. Dies aber wäre bereits eine neue Produktionsweise und Kultur — jenseits des Kapitalismus.

Selbstredend gibt es für eine solche Entwicklung keinerlei geschichtliche Garantie. Noch nie in der Geschichte der Menschheit **wohnten Katastrophe und „konkrete Utopie“ so dicht beieinander wie heute** (wie die jüngste Atomkatastrophe in Japan gerade wieder gezeigt hat). In dem Moment, in dem sich die Erderwärmung irreversibel durchgesetzt hat und der Meeresspiegel entsprechend gestiegen ist, ist das Spiel vorbei. Da die Menschheit sich an der Schwelle zu einem solchen extremen Moment hinbewegt, ist es ratsam, dass wir uns vor allen anderen Krisen auf **die Lösung der Klimakrise konzentrieren, was eine radikale Wende in der Energiepolitik voraussetzt**. Dies hat in der Tat höchste Priorität.

Ich sehe mich um, blicke in eure ratlosen Gesichter und erahne die Frage, die euch auf der Zunge liegt: Ja, schön und gut! Aber wie sollen wir dahin gelangen- zu einer Kultur jenseits des Kapitalismus?

Darauf kann ich nur antworten: Ich weiß keinen Königsweg da hin. Den Kapitalismus zu überwinden, ist eine säkulare Aufgabe, die von den unterschiedlichsten kollektiven Akteuren in den verschiedenen Teilen der Welt auf unterschiedlichste Weise angegangen werden muss und bereits angegangen wird. Der zentrale Punkt aber ist, dass dieser Prozess ein demokratischer sein muss. „**Demokratie**“- sagt Susan George, „**sollte sowohl das Mittel als auch das Ziel sein.**“- ein guter Satz, ganz im Geiste Rosa Luxemburgs. Die Menschen lernen selbst in der sozialen Bewegung und Auseinandersetzung, dazu brauchen sie weder selbsternannte Avantgarden, geschweige denn Politbüros, noch vorgeschriebene Parteiprogramme.

Oder wie Marx einmal gesagt hat: „Jede wirkliche Bewegung ist mehr als ein Dutzend Programme!“

Michael Schneider ist Essayist und Romanautor, Soziologe, Mitglied des PEN-Klubs, des Akademischen Beirats von Attac-Deutschland, des „Willy-Brand-Kreises“ und der Partei „Die Linke“. Er lehrt als Professor an der Filmakademie Baden-Württemberg, lebt in Hünfelden/ Hessen und in Berlin. In seiner großen Studie „Das Ende eines Jahrhundertmythos“ (1992) bilanzierte er die Epoche des Staatssozialismus und die Ursachen seines Scheiterns. Seine letzten Prosawerke: „Der Traum der Vernunft. Roman eines deutschen Jakobiners“ (2001) und „Das Geheimnis des Cagliostro“ (2007), ein Schelmenroman.

